

SÜDKURIER Medienhaus -

URL:

<http://www.suedkurier.de/region/schwarzwald-baar-heuberg/donaueschingen/Kampf-fuer-Menschenrechte;art372512,4696010,0>

Kampf für Menschenrechte

27.01.2011 00:00

Kampf für Menschenrechte

„Anstöße“-Diskussion mit brisantem ThemaHahn: Menschenrechte sind universell gültig



Menschenrechte sind auf der Welt alles andere als selbstverständlich. Viele Staaten legen sie auf ihre Weise aus oder missachten sie. Im Bild eine Demo in Berlin für Menschenrechte im Iran.

Bild: picture alliance / dpa

Donaueschingen – Menschenrechte sind in der Diskussion: Ein chinesischer Friedensnobelpreisträger sitzt schuldlos im Gefängnis. Im Iran droht einer Frau die Steinigung. Amnesty International dokumentiert Menschenrechtsverstöße in 159 Ländern, von denen die meisten die UN-Deklaration der Menschenrechte unterzeichnet haben. Deutschland wird vom EU-Gerichtshof gezwungen, die nachträgliche Sicherheitsverwahrung aufzugeben.

Die Diskussionsreihe „Anstöße“ im Rahmen der kirchlichen Erwachsenenbildung griff am Dienstag im evangelischen Gemeindehaus Donaueschingen ein vielschichtiges Thema auf. Als geladene Gäste sprachen Ullrich Hahn, Villingener Anwalt und Vorsitzender des internationalen Versöhnungsbundes, und John Ewoh, Asylbewerber aus Nigeria.

In seiner Einführung warf Diskussionsleiter Gerhard Bronner die Frage auf, ob Menschenrechte universell gültig sind oder als „westlicher Export“ den Ländern Asiens und Afrikas entgegen deren Traditionen übergestülpt wurden. Dieser letzten Auffassung, vehement vertreten beispielsweise von der chinesischen Regierung, widersprach Ullrich Hahn heftig. Schon historisch seien die Menschenrechte keine westliche Idee, sondern ihre Grundlagen wurden bereits 500 v.Chr. in mehreren Staaten parallel entwickelt. Bis zur Aufklärung war das christliche Abendland bei der Respektierung der Menschenrechte besonders rückständig: Dort wurden religiöse Minderheiten diskriminiert und verfolgt, während beispielsweise im arabischen und osmanischen Reich Religionsfreiheit galt.

Das verbreitete Misstrauen gegenüber der Menschenrechtsidee in außereuropäischen Staaten hänge damit zusammen, dass diese Idee parallel zum Kolonialismus und zu extremen Menschenrechtverstößen verbreitet wurde. Auch heute noch könne man das an der Haltung der USA beobachten, die im Namen der Menschenrechte Krieg führe, gegen diese Menschenrechte aber außerhalb des eigenen Staatsgebietes täglich verstoße. Nichts habe der Idee der Menschenrechte aktuell mehr geschadet als Abu Ghraib und Guantanamo.

Zur Diskussion um die Sicherheitsverwahrung merkte Hahn an, dass Deutschland seine vorbildliche Menschenrechtsposition verloren habe und nur noch Mittelfeld sei. Viele andere Staaten seien wesentlich liberaler.

Eine ganz andere Perspektive stellte John Ewoh dar, der aus dem Ölfördergebiet Nigerias stamme. Die Ölförderung durch Shell und andere Konzerne habe ganze Landstriche zerstört, vom Reichtum sei aber bei der Bevölkerung nichts angekommen. Sie wurde vertrieben und entschädigungslos enteignet und bei Widerstand eingesperrt oder ermordet.

Die berechtigte Widerstandsbewegung dagegen habe sich radikalisiert und übe nun ihrerseits Terror aus, dem sein Vater zum Opfer gefallen sei. Er könne nicht in seine Heimatregion zurück, weil er gezwungen werde, sich auf eine Seite zu schlagen und damit zwangsläufig ins Fadenkreuz der anderen Seite gerate.

Ulrich Hahn sah seinen Fall als klassisches Beispiel dafür an, dass die Opfer von Menschenrechtsverletzungen auch in afrikanischen und asiatischen Staaten niemals die Allgemeingültigkeit der Menschenrechte in Frage stellten, sondern immer nur diejenigen, die Menschenrechte verletzen und davon profitieren.

Copyright © 2009 SÜDKURIER Medienhaus - Alle Rechte vorbehalten.

Vervielfältigung durch unberechtigte Dritte nur mit schriftlicher Genehmigung durch das SÜDKURIER Medienhaus.